

An den Landrat des Rhein-Kreises Neuss
Herrn Hans-Jürgen Petrauschke, Kreisverwaltung

26. Februar 2024

Sitzung des Kreisausschusses am 13. März 2024

Anfrage: Bezahlkarte für geflüchtete Personen im Rhein-Kreis Neuss

Sehr geehrter Herr Petrauschke,

in der Sitzung des Kreistages am 13. Dezember 2023 wurde mehrheitlich und laut Protokoll getragen durch „CDU, FDP, UWG/FW RKN/Zentrum, AfD, LR“ folgender Beschluss gefasst:

„Die Verwaltung wird gebeten, sobald die rechtlichen Voraussetzungen vorliegen, die Einführung einer kreisweit verwendbaren Bezahlkarte für Asylbewerber und Personen mit Duldungsstatus umzusetzen.“

Wie in diversen Medienberichten (bspw. [tagesschau](#)) von Anfang Februar zu lesen ist, plant die Landesregierung in Nordrhein-Westfalen keine flächendeckende Einführung der Bezahlkarte. Stattdessen soll jede Kommune selbst über die Einführung entscheiden – und damit verbundene (finanzielle) Belastungen tragen. Erst im Nachgang hat NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst erklärt, dass die Bezahlkarte doch flächendeckend eingeführt werden soll. Hierzu würden aktuell Gespräche mit den Kommunen stattfinden ([SZ/dpa](#)).

Vor diesem Hintergrund bitten **SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Inwiefern ist der Rhein-Kreis Neuss bzw. die Kreisverwaltung in den von Ministerpräsident Wüst angekündigten Gesprächen eingebunden und wie ist der aktuelle Stand der Gespräche?
- Wie plant die Kreisverwaltung den o.g. Beschluss aus Dezember 2023 umzusetzen?
- Erwartet die Kreisverwaltung eine zusätzliche finanzielle und/oder personelle Belastung der Verwaltung durch die Einführung der Bezahlkarte? Wie gestaltet sich diese Belastung konkret?
- Wie stehen die kreisangehörigen Kommunen der Einführung einer Bezahlkarte gegenüber?

Mit freundlichen Grüßen



Udo Bartsch
Fraktionsvorsitzender
(SPD)



Petra Schenke
Fraktionsvorsitzende
(GRÜNE)



Dirk Schimanski
Fraktionsvorsitzender
(GRÜNE)



Christina Borggräfe
Stellv. Landrätin
(SPD)